

Nicht nur lesen, sondern auch hören!

Baltische Stunde

Die Radiosendung mit baltischen Themen



Eine Sondersendung VIER STUNDEN LIVE
mit vielen Gästen (siehe Foto)
gab es am 30. November 2001 aus Anlass von
10 JAHRE INFOBALT
(10-jähriges Vereinsjubiläum)

Endlich ist es so weit, vielleicht auch auf Ihrer Welle: Einmal im Monat geht eine Projektgruppe des Vereins INFOBALT auf Sendung. Sendetermine sind alle vier Wochen donnerstags jeweils von 18.00-19.00 Uhr, und zwar im Raum Bremen auf UKW 92,5 oder im Kabel auf 101,85.

Programmverantwortliche ist Aina Urdze, Tel. 0421 -5976526.

Anregungen, Tipps, Musikwünsche, Hinweise auf interessante Ereignisse sind genauso gern gesehen wie aktive Mitarbeit!

Gäste aus Estland, Lettland oder Litauen, Life-Interviews von interessanten Ereignissen, oder unsere beliebten Rubriken wie „Sprachkurs“, „baltische Nachrichten“, „Poesie“- und vieles mehr.

Baltische Stunde

Möchten Sie einmal als Studiogast über Ihre Projekte oder Erlebnisse berichten? Rufen Sie uns an - wir laden Sie herzlich ein.



Foto: Fotostudio Balzer



Schwerpunktthema

Zwischen Korruptionssumpf, neuen Werten und den Chancen der jungen Generation



Perspektiven der litauischen Gesellschaft



Ein Gespräch mit **Alexandras Dobryninas**, Leiter der litauischen Abteilung von TRANSPARENCY INTERNATIONAL, einer internationalen nicht-staatlichen Organisation, die sich besonders um Fragen des internationalen Vergleichs der Problematik von Korruption kümmert.

Die Fragen stellte Albert Caspari.

Herr Dobryninas, im Juli 1999, also vor fast drei Jahren, wurde TRANSPARENCY INTERNATIONAL in Litauen neu gegründet, als litauisches „Chapter“ dieser internationalen Organisation. Was war der Hauptgrund, so eine Organisation für notwendig zu erachten, und wer hatte die Gründungsidee? Gab es vorher bereits andere

NGOs, oder wer hat auf diesem Arbeitsfeld vorher vielleicht schon etwas getan?

Ich glaube, vorher gab es keine derartigen NGOs, die sich mit der Frage der Korruption beschäftigten. Es gab staatliche Institutionen, die sich mit solchen Vorfällen beschäftigten, aber keine darauf spezialisierten NGOs. Der Grund, TRANSPARENCY INTERNATIONAL in Litauen zu gründen, war aber sehr einfach: Die Notwendigkeit, der Korruption vorzubeugen - das war nur mit staatlichen Mitteln nicht zu erreichen. Bei vielen aktuellen Fragen lag es auf der Hand, die Fähigkeiten und das Potential der Öffentlichkeit bzw. der Zivilgesellschaft zu beteiligen. Wir wollten versuchen, das politische Umfeld für Korruption zu ändern, indem wir die Mittel von NGOs einsetzen. Ich glaube also, es waren vor allem zwei Gründe: Einerseits die Korruption mit Unterstützung der Zivilgesellschaft zu bekämpfen, und gleichzeitig die NGOs selbst zu unterstützen bei ihrer eigenen Weiterentwicklung, indem sie sich mit diesem Problem beschäftigen.

Allgemein gesehen gab es natürlich bereits einzelne Projekte wie das „Crime Prevention Center“, auch das „Free

Market Institute“, aber die waren eben nicht so speziell ausgerichtet.

TRANSPARENCY INTERNATIONAL in Litauen wurde dann von einigen Politikern, mit Hilfe der TI-Zentrale in Berlin, und mit Unterstützung von Stiftungen wie dem „Open Society Fund“ in Litauen aus der Taufe gehoben, eine Stiftung, die Gründungsmitglied ist und selbst an der jetzigen Organisation beteiligt ist.

Das klingt mir ein wenig danach, als ob bestimmte Regierungsaufgaben ohne eine solche NGO nicht so einfach zu erfüllen gewesen wären.

Ja, das ist der Punkt. Heute es ist nicht mehr nur TRANSPARENCY INTERNATIONAL, die sich mit dem Problem der Korruption beschäftigen, aber es ist eine allgemeine Einsicht, dass es nicht nur von Regierungsseite aus gesehen kann. Wenn eine Regierungsinstitution allein versuchen würde, transparenter und offener zu werden, dann könnte das auch einfach wie ein „Trick“ wirken auf die Menschen. Der französische Philosoph Beaudelaire hat einmal gesagt: „Macht funktioniert immer nur im Verborgenen, versteckte Mittel und Wege nutzend. Wenn es offenbar wird, dann ist es keine richtige Macht mehr.“ - Umgesetzt auf das politische Leben würde das bedeuten, dass es eigentlich viel einfacher ist, im Verborgenen zu wirken, und nicht Transparenz anzustreben. Ich will nicht gerade sagen, dass ein solches Verhalten das Normale wäre, aber es liegt sehr nahe dem Wesen einer jeden Institution, etwas eher zu verbergen. Andererseits wird aber eine staatliche Institution, wenn sie sich heutzutage nicht offen gegenüber der Öffentlichkeit zeigt, nicht für verantwortungsbewußt gehalten und nicht für voll genommen in ihrer Arbeit. Es reicht also nicht aus, irgend eine Form der Selbstkontrolle zu haben. Wir brauchen etwas Zusätzliches, dass Regierungsstellen sowohl korrigieren wie auch kontrollieren kann. Wir sind alle keine Engel, um einen weiteren Philosophen zu zitieren, sonst bräuchten wir allerdings keine Regierung. Da aber eben die Regierung auch nicht aus Engeln besteht, brauchen wir auch ein gewisses Maß an Kontrolle. In Litauen wie auch in anderen Ländern.

Ich könnte mir einige aktuelle Gründe vorstellen, warum TRANSPARENCY INTERNATIONAL gerade jetzt in Litauen gebraucht würde. Da ist zum Beispiel das viel diskutierte Thema der Privatisierung. Da gibt es große Industriezweige, und der Prozess, diese in private Hände zu geben, kreuzt logischerweise bestimmte Interessen. Falls man diesen Prozess aber transparent für die Öffentlichkeit ablaufen lassen will - oder zumindest diesem Anspruch entgegenkommen möchte - so braucht man eine unabhängige Institution dafür. Es dürfte allerdings sehr schwierig sein, diese Aufgabenstellung wirklich auszufüllen. Abhängig davon, wieviele Kräfte so eine Institution nun einsetzen kann (ich weiss nicht, wie viele Mitarbeiter Sie einsetzen können) besteht natürlich die Gefahr, dass diese Form der Beteiligung eher symbolischer Natur bleiben könnte.

Natürlich, aber es gibt ja auch noch eine andere Institution, die hier eingreifen kann. Das sind die Massenmedien. Diese gehören auch zur Zivilgesellschaft. Ich meine natürlich die unabhängigen Massenmedien, regierungsunabhängig. Diese Medien können diese Probleme thematisieren. Es sind aber keine auf dieses eine Gebiet der Privatisierung konzentrierten Probleme, sondern die Menschen können sie auch in ihrem Alltagsleben erleben. Manchmal ist es sehr viel wichtiger für das Überleben einer demokratischen Gesellschaft, wenn auf der Ebene des Alltags die Probleme bearbeitet werden. Sie werden von der Verkehrspolizei gestoppt, sie nutzen einen Grenzübergang oder sie beanspruchen irgendeine Dienstleistung - manchmal erleben sie auch dort einige gewisse Schwierigkeiten. Solche Vorgänge haben wir untersucht, um herauszufinden, welche Bereiche die am meisten korrumpierten sind. Diese Untersuchungen wurden erst kürzlich abgeschlossen, und der Bereich der Privatisierung zum Beispiel erscheint hier, statistisch gesehen, so gut wie gar nicht.

- Ich will damit nicht sagen, dass wir keine Probleme in diesem Bereich haben. Wir haben Probleme. Es



TRANSPARENCY
INTERNATIONAL

verlangt hier gewisse spezifische Kenntnisse von Rechtsgrundlagen, über das wirtschaftliche Umfeld, oder ganz bestimmte andere Kenntnisse. Für die gewöhnlichen Leute ist dieses Gebiet nicht einfach zu begreifen - es ist viel einfacher, anzuklagen. Das ist klar. Das große Geld, das sieht so aus, als ob es niemals „sauber“ sein kann, das ist schmutzig. Es ist sehr leicht, das so zu sehen. Nicht nur in Litauen, sondern auch in anderen Ländern. Daher sehe ich es so: Selbst wenn der Prozess der Privatisierung völlig einwandfrei ablaufen würde, dann würde er in der öffentlichen Meinung als korrumpiert angesehen werden. Das wird teilweise auch durch mangelnde Informationen darüber hervorgerufen, was da eigentlich läuft.

Aber ich komme zurück zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Viel mehr stehen ja solche Institutionen in der Öffentlichkeit wie zum Beispiel die Verkehrspolizei, die Zollbehörden oder auch die Krankenhäuser. Hier wird viel mehr das allgemeine Bild davon geschaffen, was man sich unter Korruption vorstellt. Zumindest aus dieser Perspektive gesehen. Natürlich nicht aus der Sicht westlicher Investoren, die hier tätig sind.

Was machen die Menschen denn, die ihrer eigenen Meinung nach von Korruption betroffen sind? Rufen sie etwa TRANSPARENCY INTERNATIONAL an, wenn sie sich im Krankenhaus oder von der



Verkehrspolizei ungerecht behandelt fühlen?

Nein, nein, wir sind da in einer anderen Situation. Wir sind hier nicht die Institution zur Kriminalitätsbekämpfung oder zur Kontrolle möglicher Korruption. Wir sind eine nichtstaatliche Organisation, und wir haben keine rechtlichen Möglichkeiten oder Mittel, in konkrete Fälle einbezogen zu werden. Hier im Nachbarhaus, da ist ja die Kriminalpolizei, und dort gibt es eine spezielle Untersuchungskommission für Fälle von Korruption. Erst kürzlich haben Sie ein neues Konzept geschaffen zur Korruptionsbekämpfung, das jetzt umgesetzt werden wird.

Natürlich arbeiten wir mit Ihnen zusammen, aber wir haben keinerlei rechtliche Stellung, um in konkrete Fälle einzugreifen, und wir haben auch keine Ressourcen dafür.

Also sammeln Sie Informationen, Daten, oder was machen Sie dann?

Ja, genau. Aber das tun wir auf unsere Weise. Wir schreiben jetzt nicht die Inhalte von Telefongesprächen auf, oder sammeln Beschwerden. Wenn wir aber Anfragen bekommen, Daten und Fakten über einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich zu liefern, dann untersuchen wir das. Das müssen wir sehr sorgfältig machen, denn es ist ja klar, wenn zum Beispiel eine Behörde eine andere um Amtshilfe bittet, dann ist es schwierig, solche Informationen zu überprüfen. Es läßt sich da leicht etwas behaupten - aber welchen Wert haben alle diese Einzelinformationen? Wie soll man es im Einzelfall einschätzen?

Na ja, wenn da jemand in einer Behörde androht, bestimmte Dinge nicht ohne irgendeine Form des Entgegenkommens zu erledigen, und die betroffene Person das ablehnt, dann aber zu TRANSPARENCY INTERNATIONAL kommt und sagt: „Ich bin ein Korruptionsopfer“ - dann ist es in diesem Fall natürlich nicht vollzogen worden, und demnach auch nicht zu beweisen.

Ja, genau. Es ist sehr schwierig, diese Art der Kriminalität zu beweisen - das sagt auch die eben bereits erwähnte Untersuchungskommission der Kriminalpolizei. Wir von TRANSPARENCY INTERNATIONAL sagen: wir werden diese konkreten Fälle der Polizei überlassen, und übrigens gibt es ja auch noch die Massenmedien. Die halte ich für in der Lage, so etwas auch zu untersuchen. Und sie machen es gut! Es gibt investigativen Journalismus natürlich auch in Litauen.

Wir dagegen versuchen, uns den generellen Trends zu widmen. Mit einem kürzlich abgeschlossenes Projekt haben wir versucht, die hauptsächlichen Trends herauszuarbeiten. Und zwar bezogen auf verschiedene Institutionen wie auch verschiedener Regionen. Im Bereich der Polizei ist zum Beispiel zu erkennen, dass jede zweite Untersuchung mit einer Geldstrafe endet - Grund genug für die Öffentlichkeit, hier



auch Korruption für wahrscheinlich zu halten. Zumindest ist es Anlass zu sagen: wir müssen diese Institution in einer saubereren Art und Weise führen.

Ein anderes Beispiel: Wenn wir uns die maximalen und minimalen Summen ansehen, die an Bestechung in den verschiedenen Bereichen gezahlt werden, dann liegen diese Summen im Bereich der Wirtschaft bei 2000 Dollar durchschnittlich. Ein weiteres Zeichen für unsere Regierung und natürlich für die Öffentlichkeit zu sagen, dass hier etwas getan werden muss. - In dieser Art und Weise arbeiten wir. Wir machen aufmerksam auf die Trends - konkrete Fälle untersuchen aber nur entweder die Polizei oder die Medien. Wir helfen allerdings, Aufmerksamkeit auf die Probleme und Tendenzen zu lenken.

Was wir noch tun, ist „Hot spots“ - also die am meisten problematischen und dringlichen Bereiche - auszumachen und auch dann zu diesen Themen zu arbeiten. Es könnte ja zum Beispiel sein, dass eine Institution nicht korrupt ist, aber ein schlechtes Image hat. Auch dann muss Public Relation betrieben werden. Unser Rat ist dann: Sie stehen in der Öffentlichkeit, und wer in der Öffentlichkeit steht, sollte sich der Gefahr bewußt sein, für korrupt gehalten zu werden. Wir raten dann: Seien sie offen, sorgen sie für Transparenz, tun sie ihr bestes, damit die Öffentlichkeit besser versteht, was sie machen.

Glauben Sie denn daran, dass die Situation sich verbessern wird?

Ja, daran arbeiten wir. Gerade morgen zum Beispiel treffen wir uns mit der Parlamentsfraktion der Konservativen Partei, bereits zuvor haben wir uns auch mit der Mehrheitsfraktion im Parlament getroffen. Danach werden Ähnliches mit allen als „Hot Spots“ identifizierten Institutionen machen - wir tun also, was wir können. Und eines sollte dabei klar sein: wir machen alle diese Treffen nicht etwa, um irgend jemand anzuklagen, und zu sagen: ihr seid schuld. Allerdings müssen wir manchmal sagen: ihr seid schlechte Manager eurer Institution, denn es läuft etwas falsch. Laßt uns also mal sehen, was getan werden könnte. Entweder, die Verwaltungsstruktur muss geändert werden, oder es gibt vielleicht auch ein Problem mit der moralischen Einstellung. Also zum Beispiel ein Interessenkonflikt innerhalb der Organisation. - Das ist also eine Art, wie wir arbeiten können. Wir bewegen uns sozusagen nicht auf der Mikro-, sondern lediglich auf der Makroebene.

Wenn man sich die Ereignisse der letzten Zeit ansieht, dann läßt sich ja in manchen Bereichen kaum glauben, dass die Dinge überhaupt ohne irgendeine Form der Korruption zu machen sind. Da ist zum Beispiel der Energiesektor, oder auch der Kommunikationssektor mit der litauischen TELEKOMAS; alles „big deals“. Es ist doch sicher schwierig, solche Vereinbarungen abzuschließen, ohne irgendwelchen Interessengruppen auch den Vorteil zu gewähren, den sie suchen. Welchen Ratschlag würden Sie hier geben?

Es ist wiederum eine Frage der Ethik. Und zwar nicht nur regierungsamtlicher Ethik, Bestechungen anzunehmen oder nicht. Das öffentliche Interesse und das wirtschaftliche Interesse muss in Einklang gebracht werden. Es ist genauso eine Frage der geschäftlichen Ethik: Bestechungen anzubieten oder eben nicht.

Na ja, in einigen Fällen scheint es ja nicht die Frage zu sein, ob man jemand bestimmtes einen Vorteil gewährt, sondern eher wem man ihn gibt.

Das hängt von dem allgemeinen Umfeld ab. Wenn sie zum Beispiel der einzige Anbieter auf einem bestimmten Geschäftsfeld sind, und sie entscheiden können, Bestechungen anzubieten dafür, dass Behörden alle notwendigen Papiere in einem Tag ausstellen, dann liegt der Fall natürlich einfach. Manchmal kalkulieren solche Leute das ganz nüchtern: 10% des zu erwartenden Profits werden gezahlt, um bestimmte Dienstleistungen schnell zu bekommen. Und zwar an diejenigen, die das anstehende Problem schnell lösen

können. Das ist geschäftliche Logik. Von der Seite der Geschäftsleute gesehen scheint eine solche Verhaltensweise völlig in Ordnung zu sein. Ich glaube, George Soros hat einmal gesagt: „Business hat keine Ethik - das können sie vergessen!“ - Demnach scheint Ethik nur etwas für zivile Aktivisten und für Moralisten zu sein. Ja und nein. Ja, auf der einen Seite sieht die Denkweise so aus, aber auf der anderen Seite gibt es ja nicht nur eine einzige Denkweise in der Wirtschaft. Besonders dann, wenn es mehrere Spieler auf dem Spielfeld gibt, und sie kommen überein, dass es besser wäre, nicht völlig wild durcheinander zu spielen, dann kommt die Zeit für eine Wirtschaftsethik. Unsere Daten für Litauen sagen uns, dass 82% der litauischen Unternehmer selbst die Notwendigkeit einer solchen Wirtschaftsethik einfordern.

Aber heißt das, dass sie nur danach fragen, weil es in der Praxis noch nicht gemacht wird?

Na ja, zunächst einmal brauchen wir ja ein Bedürfnis für solche Regeln. Wenn es das Bedürfnis nicht gäbe, dann hat auch eine Änderung keine Chance. Ich halte das für ein sehr gutes Zeichen. Dasselbe passiert momentan mit der OECD-Konvention zur Korruption: sehr bald schon wird Litauen diese Konvention unterzeichnen. Das wird bedeuten, wenn litauische Unternehmer im Ausland vor dem Problem stehen, selbst Bestechungssummen anzubieten, dann werden sie in Litauen dafür angeklagt werden können. Also, sie können zum Beispiel ihre Geschäfte in Russland, wie man so schön sagt, nach „russischer Art“ regeln - und wir können uns ja vorstellen, wie groß die Summen sind. Okay, das könnte so sein, aber: Wenn zum Beispiel ein anderer Unternehmer davon hört, dass die Konkurrenz Bestechungen im Ausland gezahlt hat, dann kann gegen die schuldige Firma in Litauen Anklage erhoben werden. Wenn es auch in Russland okay sein würde, in Litauen würde es aber angeklagt.

Na gut, ich gebe zu, das ist das idealistische Modell, wie es geschehen sollte. Aber wir sehen ja, auch in Deutschland ist so etwas schon passiert. SIEMENS war es glaube ich, denen vorgeworfen wurde, im Ausland etwa 15% der investierten Summe für irgendwelche andere Dienstleistungen gezahlt zu haben. Nicht für Bestechungsgelder, aber für irgendwelche andere Leistungen im Umfeld. Und es wurde gestoppt inzwischen, soweit ich weiß, nachdem auch Deutschland diese Konvention unterschrieben hat.

Sie meinen, dass dies bei SIEMENS in Litauen der Fall war?

Nein, nein, das war eine allgemeine internationale Vorgehensweise. Aber das ist die Art, wie es wirklich Auswirkungen haben könnte: vielleicht nicht nur durch die Unterzeichnung irgendwelcher Konventionen - es ist aber besser, als nichts zu tun.

Gut, man könnte fragen, ob nicht Korruption auch Teil des normalen Lebens ist. Der erste Schritt wäre dann, solche Vorgänge transparent zu machen, und klar zu machen, was läuft.

Das hängt natürlich davon ab, welche Sicht wir von unserem Leben haben. Und davon, ob wir alle gleiche Startbedingungen haben. Wenn wir alle sozial gleichgestellt wären, und du würdest plötzlich ein Privileg bekommen - nicht, weil du besser oder klüger wärest, sondern nur weil du etwas mehr Geld hast ...

...oder ein Grundstück in der Altstadt besitzt ...

Ja, genau. Und du sagst, du hältst ja die Regeln ein, andere aber nicht. Wenn es solche Zustände gibt, dann wird natürlich gefragt: Warum muss ich die Regeln einhalten, wenn mein Kollege oder mein Nachbar es nicht tut? Es ist auch eine Frage der sozialen Ordnung. Wenn wir uns darauf verständigt haben, dann müssen wir sie auch einhalten. Wenn wir aber jemand erlauben, die Regeln zu brechen - und zwar weil er irgendwie eine privilegierte Position einnimmt, dann könnte der Rest der Gesellschaft mit Recht



Mit einer breit angelegten Plakatkampagne versuchen estnische, lettische und litauische Behörden dem blinden Glauben junger Mädchen in gute Jobs im Westen zu begegnen. „**Du wirst wie eine Puppe verkauft!**“ lautet der Slogan, der in allen großen Städten plakatiert wurde. Damit soll auf das zunehmende Problem falscher Versprechungen aufmerksam gemacht werden, mit denen zwielichtige Geschäftsleute oder „Freunde“ sich jungen, teilweise minderjährigen Mädchen nähern, um diese dann auf die brutalste Art und Weise auszunutzen, gefügig zu machen und vielfach in die Prostitution zu zwingen. Umfragen zufolge, welche die Internationale Flüchtlingsagentur IOM (International Organization for Migration) und der schwedischen Agentur für Entwicklungshilfe (SIDA) initiiert hatte, wurden beispielsweise etwa 10% der jungen Mädchen in Litauen schon mal direkt mit dem Thema konfrontiert, 5,6% waren schon einmal im persönlichen Bekanntenkreis betroffen.

Mit der Aufklärungskampagne soll nun zumindest erreicht werden, dass die Betroffenen im Notfall wissen, wohin sie sich wenden können. Außerdem soll das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit geschärft werden: Die Umfragen zeigten, dass in Litauen etwa ein Drittel und in Estland sogar über die Hälfte nichts zu dem Thema sagen konnten bzw. nichts darüber wußten.

Unter den jungen Mädchen sagen weiterhin die meisten, dass sie bereit sind, auf Werbeanzeigen in Zeitungen oder im Internet zu reagieren, wo lukrative Jobs im Ausland versprochen werden. Andererseits sind es genau diese seriös klingenden Versprechungen wie Arbeit in Restaurants, Hotels, Model-Agenturen oder als Au-Pair-Mädchen, die zur Verdeckung der wahren Absichten missbraucht werden.

fragen: Warum?

Es ist also eine Frage, wie wir uns die Zivilgesellschaft oder die Demokratie vorstellen. Und wir verstehen uns richtig: indem wir uns über die Regeln eines Spiels einigen, ist ja noch nichts über die Qualität des Spiels gesagt. Aber Einigung besteht eben darin, dass wir versuchen wollen, unsere Regeln einzuhalten und den Weg einer demokratischen Gesellschaft zu gehen.

Meinen Sie denn, dass im jetzigen Stadium die litauische Gesellschaft solche gemeinsamen Regeln wirklich akzeptiert? Oder denken viele nicht etwa: Ja, die Regeln sind von irgendwo her gegeben worden, aber was kümmert es mich - ich habe ja in diesem Spiel eh keine Chance. Vielleicht lesen solche Menschen ja sogar in den Medien über bestimmte Fälle von Korruption. Die Medien sind ja mehr oder weniger frei, und heute werden Journalisten nicht mehr erschossen dafür, dass sie über mafiöse Strukturen berichten - wie es noch vor einigen Jahren der Fall war

Ja, Gott sei dank.

Na ja, auch in einigen westeuropäischen Staaten ist es ja nicht immer so einfach, über verschiedene Strukturen der Korruption zu berichten. In sofern ist Litauen nicht ein spezielles Land. Die Hauptaufgabe dürfte es aber doch sein, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie Teil dieser Demokratisierung sind. Ich denke, die Ausgangsbedingungen der verschiedenen Beteiligten sind immer noch sehr unterschiedlich.

Ja, Sie haben Recht, das ist das Problem aller Länder im Umbruch. Auch die Regeln dieses „Spiels“ sind sehr viel mehr dynamisch, sie sind ebenfalls erst dabei, geschaffen zu werden. Und natürlich muss man auch diese Regeln selbst immer wieder überprüfen und sagen, was daran okay ist und was nicht okay. Vieles ist auch deshalb problematisch, weil es

Unklarheiten in den Vorschriften gibt. Und dann gibt es natürlich Situationen, wo man feststellt, zur Verbesserung der Lage ein bestimmtes Gesetz zu brauchen. Das Gesetz gibt es aber noch nicht - wästun, wie sich verhalten? Natürlich kann man sich dann zunächst verhalten, wie man will.

Tatsächlich gibt es Leute, die keine gleichen Ausgangsbedingungen haben. Wie die ältere Generation zum Beispiel. Sie sollten eigentlich bereits soziale Rechte und Schutz haben, aber sie haben es nicht; so wurden sie zu Verlierern. Leider ist das vielen von ihnen passiert.

Das ist ein großes Problem, und vielleicht ist es sogar einer der Hintergründe, warum Korruption in dieser Region höher ist als in anderen Regionen Europas.

Sie meinen, auch wegen der Unklarheit der Regeln und Gesetze?

Ja, genau, aber auch wegen den Änderungen in der Wertsetzung. Gegenüber einer paternalistischen Gesellschaft - ich bezeichne das totalitären Staaten mit diesem Begriff, können Sie natürlich die Werte reformieren - aber welche neuen

Werte werden es statt der alten sein? Werden Sie nun soziale Sicherung als Eingriff in ihre persönliche Freiheit bezeichnen? Sie können auch Ihre Götter verändern, die Sie verehren: von bisher totaler politischer Kontrolle zur Kontrolle durch die Finanzsysteme. Wenn also das Geld oder die materiellen Werte Deine bevorzugten Werte werden, dann sind die Konsequenzen klar.

Gut, das ist leicht zu verstehen. Vielleicht wäre es ja auch gesellschaftlich zu akzeptieren, dass es für alle eine Chance zu überleben geben muss - ob sie nun ihre Wertsetzungen geändert haben oder nicht. Es muss eine Chance geben, wenigstens genug Geld zum Überleben zu haben. Ich habe Verständnis für die Leute, die auf der einen Seite nach einer solchen Chance zum Überleben suchen, und andererseits das „Big Business“ sehen, und dort Leute erleben, die, wie Sie bereits sagten, „die Regeln nicht befolgen“.

Ja, natürlich. Aber an dieser Stelle muss ich einfach sagen: es ist wie ein Kriegszustand. Jedes Individuum kämpft gegen ein anderes Individuum. Jede oder jeder kämpft um ihr und sein Überleben. Eines Tages aber wächst die Erkenntnis, dass ich nicht ändern etwas antun kann, was ich nicht wünschte mit mir selbst zu geschehen. Ich sage nicht, die Leute sind von Anfang an idealistisch oder moralisch so eingestellt; sie erkennen aber, das es besser für sie ist, und zwar auch für die Wirtschaft. Es ist besser, als sich gegenseitig umzubringen. Sie können sich natürlich auch 10.000 Dollar leihen und dann einen Killer dafür bezahlen, den Entleiher zu töten. Auch das wäre, streng genommen, eine wirtschaftliche Denkweise: wenn Sie nur nach materiellen Gütern sich ausrichten, wäre das völlig okay. - Sie müssen sich also in der Gesellschaft auf Regeln verständigen, die verhindern, dass so etwas passiert. In diesem Sinne ist Litauen in derselben Situation wie andere mitteleuropäische Staaten auch.

Ich versuche nochmal zu wiederholen, um Sie richtig zu verstehen: Sie sagten, es ist immer noch wie ein Kriegszustand?

Nein, nein. Das war nur ein Bild, mit dem ich die Situation erklären wollte. Es ist ja nicht so, dass die Menschen aufeinander losgehen würden. So etwas kennzeichnete die Staaten in der Übergangsperiode. Das ging los, als wir gerade unsere Unabhängigkeit wiederbekommen hatten, und endete, als wir die Übereinkünfte mit dem Europarat und der Europäischen Union unterschrieben haben. - Wenn Sie alles vergessen, ihre Nachbarn, ihre Mitmenschen, alles, dann ist es wie ein Kriegszustand - aber nun haben wir den Status einer Zivilgesellschaft. Wenn man versteht, dass für einen sauberen Ablauf, für eine transparente Gesellschaft man sich auf bestimmte soziale Regeln einigen sollte.

Vielleicht werden Sie mich für einen Optimisten halten, aber noch vor zwei oder drei Jahren hat niemand dem Problem der Korruption ernsthaft Aufmerksamkeit gewidmet - das hat sich geändert. Heute ist es eine große Diskussion. Als Teil der privaten Interessen, und der Frage, welche Rolle eine Lösung dieser Probleme für das öffentliche Leben spielt. Natürlich sage ich nicht, dass wir perfekt sind, aber dieser Fortschritt ist in den letzten Jahren sichtbar gewesen.

Ich frage noch einmal, um Sie richtig zu verstehen: Dieser Zustand funktionierender Regeln für das gesellschaftliche Leben, den sehen Sie in der Zukunft?

Nein, nein, ich will ja nicht behaupten, wir seien in einer neokommunistischen Gesellschaft gelandet. Manchmal kann man ja diese etwas merkwürdige Rhetorik erleben, eine kommunistisch strukturierte Gesellschaft könne einfach so von einer Zivilgesellschaft substituiert werden. Dieselben Leute! Vor 20 Jahren sprachen sie über die Ideale der kommunistischen Gesellschaft, erzählen jetzt über die Zivilgesellschaft. Sie sagen genau dasselbe, verwenden nur unterschiedliche Begrifflichkeiten.

Nein, ich will so eine Behauptung nicht machen, das sich die



Zivilgesellschaft erst in der Zukunft entwickeln wird. Das würde dem Satz entsprechen: es ist unmöglich, erst morgen an Gott zu glauben. Entweder sie glauben jetzt, oder gar nicht.

Gut, wennes denn ein Problem des Glaubens daran ist, dann haben Sie zu entweder zu glauben, oder nicht zu glauben.

Ja, genau. Aber ich will sagen, das diese, unsere Gesellschaft natürlich in bezug auf die rechtliche Rahmengesetzgebung, in bezug auf das Funktionieren der Institutionen, und in bezug auf das ganze Umfeld noch sehr viel tun muss. Natürlich. Und wir sind auf dem Wege dazu. Dazu trägt der Prozess der Verhandlungen mit der europäischen Union bei, Gesetze mehr gemäß den Anforderungen der EU zu verändern. Und dieser Umstand allein verbessert das allgemeine Klima. - Ähnliches könnte gesagt werden über die Bürgerrechte. Die Bürger beginnen, deren Tragweite zu verstehen.

Aber ist es nicht vielmehr so, dass nahezu die Hälfte aller Litauer mehr oder weniger an gar nichts glauben, in bezug auf all diese Veränderungen?

Nein, ich denke nicht. Es ist nicht die Frage, an nichts zu glauben, sondern: wer sind die Mitspieler, und wer sind die Zuschauer? Wenn 100% der Menschen zu Zuschauern werden, dann passiert natürlich nichts. Einige fürchten hier, zu Mitspielern zu werden. Neue Gesetze, neue ökonomische Umstände; ich glaube, wenigstens die junge Generation ist es, die versucht, etwas daraus zu machen. Genauso gibt es aber auch Leute in Regierungssämtern und in nicht-staatlichen Positionen, die etwas tun.

Ist es denn wirklich so, dass die junge Generation sich kümmert? Ist es nicht ähnlich wie in Deutschland, dass es Mode zu sein scheint, lieber nicht so sehr viel mit Politik zu tun haben zu wollen?

Ja, das stimmt, es gibt natürlich verschiedene Trends, wie neuere Untersuchungen zeigen. Die Menschen haben unterschiedliche Voraussetzungen, und das beeinflusst sie.

Aber ist es denn überhaupt populär, sich für seine eigenen Rechte einzusetzen?

Es gibt eine neue Untersuchung der Vereinten Nationen zum Thema „Jugend und Gesellschaft“ aus dem Jahr 2001, die soeben veröffentlicht wurde.

Aber auch bei der jungen Generation bleibt es natürlich eine Frage der Werte. Wenn du erzogen bist, nur Geld auszugeben, dann sind die Konsequenzen natürlich ebenfalls abschbar.

Also, meinen Sie, die Situation in der litauischen Gesellschaft ist nicht generell hoffnungslos, da die junge Generation im Kommen ist? - Einige heute aktuelle Fragen sind natürlich möglicherweise gefährlich in ihren Auswirkungen: Wenn zum Beispiel heute die Fragen der Ölindustrie und der Energie nicht auf eine vernünftige Weise gelöst werden, dann wird es auch für die kommenden Generationen Auswirkungen haben.

Ja, natürlich, aber das ist eine Frage der Verantwortlichkeit des eigenen Tuns. Wenn alle immer nur ihr materielles Fortkommen im Auge haben, dann wird es für die nächste Generation ein Desaster geben. Aber darüber würde sich wohl selbst ein Gangster Sorgen machen, wie er die Zukunft seiner Kinder sichern kann.

Ja, soviel Geld wie möglich so schnell wie möglich zu bekommen ...

Ja, vielleicht ...

Und dieses Geld dann irgendwo illegal deponieren, vielleicht nicht auf einer Bank - oder eine neue Bank gründen damit, wie es soweit ich weiss in der Vergangenheit bereits der Fall war?

Gut, aber es gibt eine Menge Beispiele, wie dieselben Menschen dann versuchen, ein zivilisiertes Leben zu führen. Sie wollen mehr respektiert werden, und sie wollen ihre Kinder in vernünftiger Art und Weise erzogen wissen. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder auch zu Gangstern werden.

Naja, es wird ja auch gesagt: Wer erstmal die erste Million hat, der

kann die nächsten Millionen leichter erreichen - und vielleicht kann man dann auch zivilisierter werden.

Eine solche Frage würde schon mal einem der bekanntesten litauischen Gangster gestellt, Boris Dekanidze (ein „Mafia“-Führer, der wegen des Mordes an dem Journalisten Vytas Lingys angeklagt und verurteilt wurde - die Red.), und er hat ähnlich geantwortet. (lacht)

Herr Dobrynynas, ich bedanke mich recht herzlich für das ausführliche Gespräch.

Kontaktadresse
Transparency International
Litauen:
Jakšto 9, LT-2001 Vilnius.
>info@transparency.lt<
>www.transparency.lt<



Schwerpunktthema

Das Phänomen der Korruption in der lettischen Gesellschaft

Fehlendes Vertrauen & anhaltender Fatalismus: Wir sind alle bestechlich ...



In Lettland bemüht sich seit einigen Jahren eine Organisation mit dem Namen DELNA um die Problematik der Korruption im inzwischen seit mehr als 10 Jahren wieder unabhängigen Lettland.

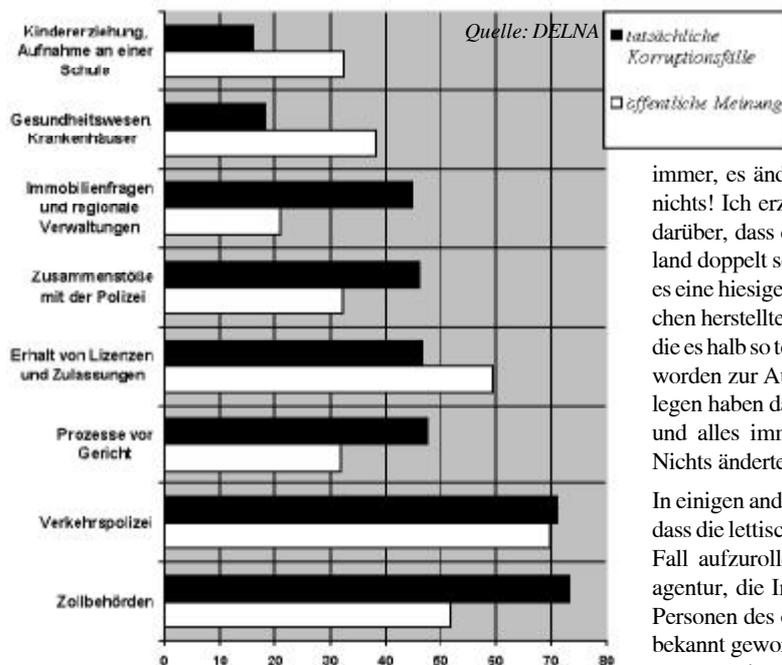
Die Präsidentin der Organisation, Inese Voika, erzählte INFOBALT von ihren Erfahrungen.

DELNA versteht sich als der lettische Zweig von TRANSPARENCY INTERNATIONAL, der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Korruption. Wann wurde DELNA gegründet, und wie lange arbeiten Sie jetzt schon?

Gegründet wurde DELNA im August 1998, also vor fast vier Jahren. Im September 1999 konnten wir dieses Büro hier eröffnen.

Wer hatte denn die Gründungsidee? Waren es Einzelpersonen, oder Organisationen?

Es waren 13 Gründungsmitglieder, alles Einzelpersonen. Wir können also als traditionelle nichtstaatliche Organisation verstanden werden, und ich denke, das ist auch ein Teil unseres Erfolgs. Damals bin ich auch dabei gewesen und habe Leute angesprochen, Mitglied zu werden. Wir hatten die Absicht, Menschen aus verschiedenen Bereichen anzusprechen, um diese bei uns auch repräsentiert zu haben. Es sollten aber auch engagierte Menschen sein, die wirklich



etwas verändern; ich stelle der Gesellschaft Informationen bereit, damit etwas verändert wird.

Oft passiert es aber, dass, wenn sie etwas sehr offensichtliches schreiben - es heißt ja

immer, es ändert sich durch die Veröffentlichung ja doch nichts! Ich erzähle ein einfaches Beispiel. Wir berichteten darüber, dass die Produktion von Verkehrszeichen in Lettland doppelt so teuer ist wie in Estland. Das lag daran, dass es eine hiesige Firma gab, die als einzige diese Verkehrszeichen herstellte. Konkurrenten - wie zum Beispiel die Esten, die es halb so teuer machten - waren erst gar nicht zugelassen worden zur Auftragsvergabe. Meine Kolleginnen und Kollegen haben da wirklich nachgebohrt, von vor Ort berichtet und alles immer wieder dargestellt. Und was passierte? Nichts änderte sich, gar nichts.

In einigen anderen Fällen ist es schon mal dazu gekommen, dass die lettische Staatsanwaltschaft bemüht wurde, um den Fall aufzurollen. Es gab diesen Fall der Privatisierungsagentur, die Immobilien in bevorzugter Lage an bekannte Personen des öffentlichen Lebens vergab. Das ist einer der bekannt gewordenen Fälle in Lettland, dass hier das Management seine hervorgehobene Stellung dazu mißbrauchte, Wohnungen und Apartments an Günstlinge in ihrem Umfeld zu verteilen. Noch dazu haben sie ihre privaten Geschäfte über diese Agentur laufen lassen. - In diesem letztgenannten Fall waren unsere Berichte teilweise erfolgreich; dennoch: es ist eine andauernde Unsicherheit, was passieren wird. Es gibt ja keine dritte Stelle, die eingreifen kann. Es gab niemanden, der es der Regierung wieder vorlegt, wenn etwas schief läuft. Was man tun konnte, war nur zur jewei-

ligen politischen Opposition zu laufen, und zu fragen, ob diese das Material politisch verwenden wollte.

Inese Voika -
Präsidentin
von DELNA,
des lettischen
Zweigs von
TRANSPARENCY
INTERNATIONAL



etwas bewegen und erreichen wollen. - Natürlich werden sich mehr als nur 13 Menschen finden, die etwas tun wollen - heute haben wir 50 Mitglieder. Das ist immer noch eine sehr begrenzte Zahl, aber in der letzten Zeit sind wir eher Partnerschaften mit anderen NGOs eingegangen, als alle in unsere eigene Organisation hineinzuziehen. Diejenigen, die Mitglied sind, das sind wirkliche Experten, die etwas zur praktischen Arbeit beitragen können, so haben wir bisher unsere Arbeitsstrategie angelegt. Wir sind aber auch immer noch eine Organisation von Mitgliedern.

Also kann jeder Interessierte Mitglied werden?

Ja, genau. In unserer Satzung ist festgelegt, dass wir Korruption bekämpfen wollen, und uns für Informationsfreiheit einsetzen. Das sind unsere Ziele, und dann haben wir verschiedene Mittel, um diese umzusetzen: Aufklärungsarbeit, Weiterbildungsmaßnahmen, Dialog mit der Regierung wie auch mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft.

Hatten Sie denn vorher irgendeine Form von Erfahrung auf diesem Gebiet, die Sie dazu gebracht hat, gerade diese Arbeit zu tun? Wie konnten Sie sicher sein, dass Sie in der Lage sein würden, so eine Arbeit zu tun und dabei erfolgreich zu sein?

Na ja, der Grund, warum DELNA als lettischer Zweig von TRANSPARENCY INTERNATIONAL gerade 1998 gegründet wurde, war die Tatsache, dass wir Unterstützung und eine Startfinanzierung von der SOROS-Stiftung und George Soros persönlich erhalten haben. Also konnten wir davon ausgehen, dass wir die Arbeit erst mal bezahlen konnten - nur die richtigen Leute mußten noch gefunden werden.

Andererseits haben wir auch auf ehrenamtlichen Wurzeln aufgebaut, und auch einige Anregungen von TRANSPARENCY INTERNATIONAL haben wir aufgenommen. Wir persönlich dachten jedenfalls: Egal unter welchem Dach - eine Organisation dieser Art wird wirklich gebraucht.

Mein persönlicher Hintergrund ist die Journalistik. Sechs Jahre lang habe ich, bevor ich zu DELNA kam, journalistische Recherchen gemacht. In einem unabhängigen Büro - wir haben hauptsächlich für DIENA (größte Tageszeitung Lettlands, d.Red.) geschrieben, aber auch für andere Zeitungen im Bereich Wirtschaft. Später haben wir dann ein eigenes Magazin herausgebracht, und dann haben wir auch noch ein Fernsehprogramm produziert.

In dem wir diesen Job gemacht haben, haben wir uns ja oft in die Stories richtig eingegraben. Man verbringt eine Menge Zeit damit und fragt sich nach einer Zeit dann nach dem Sinn des ganzen. Man hat ja nicht immer gute Resultate, und wir stellten fest, dass wir eigentlich ganz idealistisch vorgehen. Für mich jedenfalls war die Antwort: Ja, ich will gerne

Ich selbst hatte aber eher einen NGO-Hintergrund. Ich war die erste Vorsitzende einer Jugendorganisation „Das Haus“ (lett. Māja) gewesen, und ich kannte mich aus mit der „Philosophie“ und der für eine NGO notwendigen Perspektive.

Als Journalisten haben wir uns damals auch für das Recht auf Information eingesetzt. Manche mögen ja denken: keine Regeln, um so besser! In der Praxis ist es aber so: wenn ich nur in meinem Büro sitze und einmal im Jahr versuche, eine simple Info von einem Gericht zu bekommen, dann werde ich wenig Erfolg haben. Dafür haben wir uns eingesetzt! Denn tatsächlich sind auch wir Journalisten ja ein Teil der Zivilgesellschaft. Heute betreiben wir auch Lobbyarbeit in dieser Sache.

Das müßte aber ja bedeuten, dass Sie auch schon vor einigen Jahren, vor Gründung von DELNA, als Journalist in der Lage waren, über solche existierenden Probleme zu schreiben. Ich bin mir nicht sicher, ob zum Beispiel in Deutschland alle davon ausgehen, dass man in Lettland einfach frei über alle Probleme der Gesellschaft schreiben und veröffentlichen kann.

Ja, ich würde sogar sagen, dass die Pressefreiheit schon seit Ende der 80er Jahre in Lettland nie ein Problem war, überhaupt nicht. Vielleicht in wenigen Einzelfällen und in bestimmten Zeitungen, auch zu einzelnen Themen. Das geht aber die gewöhnlichen Fragestellungen an: es gibt Eigentü-

mer, es gibt Werbekunden mit bestimmten Interessen. Grundsätzlich würde ich aber sagen, dass die Pressefreiheit in Lettland einen hohen Grad hat. Was allerdings die Qualität der Berichterstattung angeht, das ist ein anderes Problem. Die Journalisten haben keine Zeit, und sie arbeiten nicht mit ihrem Kopf, sondern mit den Beinen.

Zurück zu DELNA. Ich wurde also damals auch von der SOROS-Stiftung gefragt, ob ich mithelfen könne, das Projekt mit Hilfe des zur Verfügung gestellten Geldes zu realisieren. Es gab noch einige Leute aus dem akademischen Bereich, die in eine ähnliche Richtung wollten, einige Medienfachleute, und natürlich bedurfte es auch glücklicher Zufälle: Gründungsmitglied und Vorstand wurde der ehemalige Botschafter Lettlands in den USA, Ints Siliņš. Er war gerade nach Lettland zurückgekehrt, und wollte sich hier einbringen. Ich darf nicht vergessen zu erwähnen: Etwa die Hälfte unserer Gründungsmitglieder waren „Ex-Patriots“ (*heimgekehrte Exilanten, d.Red.*). Viele waren auch junge Leute, und einige andere hatten schon seit den Sowjetzeiten versucht, sich auf diesem Gebiet zu engagieren. Wir brachten also diesen Optimismus mit, dass etwas getan werden kann gegen Korruption und für die Information der Gesellschaft. Menschen, die auch an die Werte der Demokratie glauben.

Gut, ich möchte gerne mal nach der Art und dem Umfang von Korruption fragen, wie sie hier in Lettland anzutreffen ist. Da denkt man unwillkürlich zunächst an die großen Fragen der Privatisierung der Wirtschaft, - jedenfalls an große Dimensionen. Vor einigen Tagen las ich in der Presse hier, dass ein Fall aufgedeckt worden war, wo selbst die Staatsbürgerschaft von einer Amtsperson illegal „gekauft“ worden ist. Das schien nicht nur ein Gerücht zu sein, sondern es waren ja Zahlen und Namen genannt. - Arbeiten Sie auch mit solchen Fällen, oder wie ist Ihre Arbeitsweise?

In Litauen hörte ich, dass dort mehr mit Statistiken gearbeitet wird, die etwas über die generelle Situation in der Gesellschaft aussagen, oder um die Einsichtigkeit des Geschehens für die Gesellschaft zu erhöhen. Dann trainieren Sie auch Behördenvertreter, die vielleicht danach den Verlockungen der Korruption widerstehen sollen.

Wir haben hier einen etwas anderen Ansatz für unsere Arbeit. Den größten Unterschied sehe ich allerdings zu Estland, denn dort denken sie wohl „Korruption ist eben Korruption“ - ich komme noch darauf zurück. In Litauen, soweit ich weiss, bezeichnen sich die Kolleginnen und Kollegen als „Expertenorganisation“, und die untersuchen eben keine konkreten Fälle. Das stimmt übrigens überein mit der allgemeinen Konzeption von TRANSPARENCY INTERNATIONAL, die sich nie in laufende Verfahren einmischen. Aber natürlich können wir die Situation beobachten, und auch Einschätzungen abgeben. Wir sind mehr eine Lobbyorganisation, und wir führen auch Untersuchungen durch und geben Studien in Auftrag. - Wir nutzen die Ergebnisse dieser Studien auch dafür, unsere satzungsgemäß festgelegten Ziele zu erreichen; das ist in der Regel auch sehr effektiv. Ich muss an dieser Stelle sagen: wenn wir in Lettland mehr „think-tanks“, also entsprechende Institute und ähnliches hätten, dann würden wir vielleicht diese wissenschaftliche Arbeit nicht selbst machen, sondern in Kooperation nutzen. Natürlich laden wir auch jetzt Fachleute von außerhalb ein, denn sie bringen ja das ganze Spektrum an Erfahrungen ein, das wir brauchen zum Erreichen unserer Ziele.

Bezüglich Korruption in Lettland dürfen aber zwei Dinge nicht unerwähnt bleiben, und was Sie eben sagten, beschreibt es genau: gestern hörte ich dieses, letzte Woche hörte ich jenes - das ist genau das Thema! Es ist nämlich so: der Prozentsatz der Menschen, die Korruption als Problem empfinden oder überhaupt wahrnehmen, ist in Lettland am höchsten in der gesamten Region!

Diese Tatsache birgt aber auch wieder ein Problem in sich selbst. Die Hälfte der Zeit bringen wir mit diesem ganzen

„Wirbel“ um die Korruption zu, der darum in der Öffentlichkeit gemacht wird. Alles, was falsch läuft, muss wohl Korruption sein - das ist eine sehr typische Haltung in Lettland! Wenn Du etwas vom Staat haben willst, und Du es nicht in der ersten Minute und am ersten Tag bekommst, dann nennst Du es „Korruption“. Wenn Du einen Zivilprozeß verlierst, dann ist es „natürlich immer“ Korruption - Du selbst bist nie schuldig.

Natürlich wird es vermischt mit vielen Geschichten, wo die Leute wirklich Probleme haben. In unseren wissenschaftlichen Untersuchungen zeigt sich, wenn die Menschen zum Thema Korruption befragt werden, dann reden sie zunächst über die Wohnungsprobleme, dann über den illegalen Kauf der Staatsbürgerschaftsrechte. Da bekommen wir dann aber Aussagen wie diese: „Das ist doch alles nicht so schlimm. Was wirklich Korruption ist: Mein Sohn hat keine Arbeit, aber der Nachbarssohn hat eine! Das ist Korruption!“

Solcherlei Aussagen sind doch sehr vielsagend. Wir müssen also vieles im Hintergrund behalten, wenn wir konkrete Fälle betrachten. Die meisten trauen dem Staat nicht, und sie sehen auch ihre eigene Verantwortlichkeit in diesem Zusammenhang nicht. Das bedeutet nicht, dass es in Estland und Litauen anders wäre, aber ich würde sagen, bei uns ist die politische Debatte über dieses Thema am tiefgehendsten. Es ist Farbe drin.

1999 führten wir unsere groß angelegte Grundlagenuntersuchung durch. Wir fragten die Leute: Von welchen Institutionen nehmen Sie an, dass sie nicht ehrenhaft arbeiten? Wie Sie aus den Zahlen erkennen können, traut die Mehrheit der Bürger den meisten Institutionen nicht. Zollbehörden, Gericht, Polizei - allerdings haben wir hier Parlament und Regierung nicht einbezogen, denn wir wollten die Aussagen mit den derjenigen Menschen vergleichen, die wirklich in Kontakt mit konkreten Bestechungsfällen waren. Generell ließe sich auch hier anmerken, dass 70-80% auch weder Parlament noch Regierung trauen.

Also: In unserer Untersuchung haben wir versucht zu erfassen, was „legal“ gezahlt wird, einfach um Dinge erledigt zu bekommen. Zoll, Verkehrspolizei, aber - das halte ich für noch mehr bedrohlich - auch die Behörden und sogar in den



Bildungseinrichtungen ist das Zahlen von zusätzlichen Geldern in hohem Maße üblich. Was immer das auch ist, und wie oft es gezahlt wird. Auffällig ist weiterhin eine traditionelle Verhaltensweise gegenüber den Bildungsinstitutionen und dem Gesundheitswesen: sie zahlen, und sie trauen den Institutionen trotzdem - im Unterschied zu anderen Bereichen.

Ich komme zurück auf den Vergleich zwischen den drei baltischen Staaten. Ich denke, Lettland ist eine sehr politi-

Ganzheitliche Betrachtung:

Das lettische Programm der nationalen Integrität in Stichworten

Institution	Notwendige Regeln und Praxis
Exekutive.	wird durch den Konflikt verschiedener Interessen geregelt
Legislative/Parlament.	freie und faire Wahlen
Öffentlicher parlamentarischer Untersuchungsausschuss.	Machtverteilung an befragende Behördenchefs
Hauhaltskontrollbehörde	öffentliche Berichterstattung
Staatliche Dienstleistungen	Ethische Maßstäbe
Gericht	Unabhängigkeit
Medien	Freier Informationszugang
Zivilgesellschaft	Redefreiheit
Ombudsperson	überwacht das Management
Anti-Korruptions-Agenturen	können Verbesserung der Gesetzgebung durchsetzen
Privatwirtschaft	Marktwirtschaft, Wettbewerbsgesetze
Internationale Gemeinschaft.	effektive gegenseitige juristische Unterstützung

sierte Nation. In Estland denken sie eher individualistisch. Hier dagegen, wenn auch nur ein Fall von Korruption abends im Fernsehen gezeigt wird - wie neulich eben im Fall des illegalen Erwerbs der Staatsbürgerschaft - das kann alle 2 Millionen Menschen in Lettland beeinflussen. Es hat Auswirkungen auf die gesamte öffentliche Meinung, und am Ende wird dann gesagt: wir sind alle korrupt! Die Leute sehen diesen einen Zollbeamten, und damit heißt es dann: alle sind korrupt. Jede und jeder, und ich selbst auch.

Das reflektiert sich auch in den lettischen Medien. Erst seit 1997 etwa taucht der Begriff „Korruption“ in den Medien auf, als es die ersten Skandale gab, die auch mit dem von der Regierung beschlossenen Anti-Korruptionsprogramm zu tun hatten.

In Estland schätze ich die Situation so ein: sie sagen, okay, sie können wohl behaupten, früher Bestechungsgelder an die Behörde gezahlt zu haben, die Unternehmen registriert - da es für die hier Zuständigen aber gar keinen Spielraum gibt, solche Gelder überhaupt anzunehmen, betrachten wir dieses Gebiet gar nicht. Heute bekommen Sie die Dienstleistungen, die Sie beantragen, und alles ist in Ordnung. - So geht es weiter, und ebensowenig näher betrachtet werden die Fälle, wo Mitglieder des Stadtparlaments sich durch ihre Parlamentstätigkeit offensichtlich bereichert haben. Auch in



einigen Bereichen der Wirtschaft gab es offensichtlich Schwierigkeiten, sich hier zu betätigen - auch dies wurde nicht untersucht. Wenn wir das alles natürlich nicht als Korruption betrachten, dann läßt sich leicht sagen: oh, wir haben keine Korruption.

Das hat also mit der Einstellung der Menschen in Lettland zu tun, wie die Situation eingeschätzt wird. Es herrscht eine pessimistische Einstellung vor. Und im Unterschied zu Litauen trauen wir auch unserem eigenen Staat nicht.

Wie die internationale Untersuchung von TRANSPARENCY INTERNATIONAL zeigt (*Corruption Perception Index, d.Red.*), hat es auch mit dem Umbruchprozess der letzten 10 Jahre zu tun. Dort, wo die Umstellung auf Marktwirtschaft schneller gelang, wie etwa

in Slowenien, Ungarn oder Estland, schätzen die Menschen das Problem der Korruption auch als weniger dringlich ein. Dort, wo dieser Prozess schmerzvoller war, da werten die Menschen auch das Problem anders. In Lettland gab es unter anderem eine ökonomische Krise, einen Zusammenbruch großer Banken. Und im Gegensatz zu Litauen, wo es historisch bereits eine Tradition bedeutet, einen eigenen litauischen Staat zu haben - diese Tradition, dieses Denken gab es bisher bei uns nicht.

Auch als NGO-Vertreterin sehe ich es als eine meiner prioritären Aufgaben an, dass die Leute nicht einfach dabei stehen bleiben, schlicht immer wieder die Regierung für alles anzuklagen. Hier muss die Einstellung der Menschen verändert werden. Konstruktive Kritik würde heißen: beobachten, was die Regierung macht, und, wenn es etwas gibt, was die Regierung machen soll, dann muss das Vertrauen da sein, dass es auch umgesetzt werden könnte. Es braucht natürlich ein genaues Monitoring, um zu analysieren, was geschieht - und das ist es, was wir versuchen.

In Litauen gibt es ja auch die Haltung: alles, was passiert, geschieht innerhalb eines staatlichen Systems. Als sie dort etwas gegen Korruption tun wollten, konnten sie zunächst niemand finden, der daran interessiert wäre, denn: wenn etwas getan werden muss, dann wird es eben gewöhnlicherweise vom Staat erwartet. Soll man doch eine staatliche Struktur schaffen, die es macht!

Schritt für Schritt haben wir bisher die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche beleuchtet und Probleme identifiziert. Wir arbeiten also einerseits mit den Institutionen selbst, und andererseits mit der Öffentlichkeit. Das Vertrauen darin, dass man in Lettland auch etwas erreichen kann, ohne Bestechungen zu zahlen, muss wachsen.

Ist es denn möglich, hier ins Büro zu kommen und um Rat zu bitten?

Ja, das ist möglich.

Das bedeutet aber doch eine Menge Arbeit, oder?

Ja, aber es gibt da Unterschiede. Wir haben auch begonnen, ausführlicher zu beraten, besonders in rechtlichen Fragen. Wir arbeiten da mit einer Vereinigung zusammen, die sich „Legal Clinic“ nennt, eine Gruppe von Studierenden im Bereich Jura. Das sind Leute, die dort Hilfe geben, wo sich die Menschen einen Rechtsbeistand sonst nicht leisten könnten. Solche Studierende arbeiten auch hier mit, und sie befassen sich mit sehr ernsthaften Fällen, in denen Menschen um ihre Rechte und um Gerechtigkeit kämpfen. Meist wegen Eigentumsfragen.

Gibt es hier auch die Fälle, wo Menschen einfach auf die Straße gesetzt werden, weil es neue, private Eigentümer so wollen?

Ja, aber nicht nur deshalb, sondern auch weil bei der Privatisierung die einen etwas bekommen haben, andere eben nicht. Grundstücksfragen auch. Und es ist ja so: normalerweise gibt es auch eine innere Kontrolle der Institutionen. Hier ist es aber oft so, dass, wenn der erste Gerichtshof einen Fall abgelehnt hat, dann befasst sich der nächste erst gar nicht damit. Leider gibt es keine Möglichkeit, allen einen Anwalt zu bezahlen. So versuchen die meisten eben, ihren Fall auf Biegen und Brechen mit allen Mitteln zu gewinnen, und jede Chance zu nutzen. Und wenn sie sehen, dass sie wenig Chancen haben, dann wird eben oft versucht, den Richter zu bestechen. Manche hierzulande glauben immer noch, dass nicht einmal die Urteilsbegründung von Staatsanwälten öffentlich gemacht werden muss. Da haben wir aber inzwischen das Recht, im Zweifelsfall bis zum Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zu gehen, um eine Sache zu klären - wenn keine gerichtliche Stelle sich für zuständig erklärt und sich mit dem Fall befasst.

Wir können natürlich meistens die einzelnen Fälle nicht lösen, daher müssen wir uns auch mit den Hintergründen befassen. Diese Vorgehensweise beinhaltet auch, dass wir uns nicht nur

mit Korruption im engeren Sinne befassen. Wie könnte man das definieren? Wir sehen uns auch in der Rolle eines „Watchdog“: in der Presse findet sich eine Reihe Informationen, die wir sammeln und auswerten. Das geht von öffentlichen Auftragsvergaben bis hin zum Privatbesitz des Ministerpräsidenten. Wir versuchen also, auf dem Laufenden zu bleiben. Und bei dieser Arbeit haben wir etwas, das wir zum Beispiel als Journalisten nicht hatten: wir rufen Reaktionen bei den Behörden hervor. Sie antworten uns auf Fragen, und zwar sehr schnell, und sie respektieren uns.

Das ist sicher begrüßenswert. Ich hörte davon, dass DELNA in manchen Fällen bereits offiziell zur Beobachtung bestimmter Prozesse hinzugezogen wird, sagen wir zum Beispiel größere Privatisierungsverfahren. Es wäre interessant zu erfahren, was dies für Sie bedeutet. Ist es im wesentlichen eine Ehre, dass Sie gefragt werden, oder bedeutet es, dass Sie auch Entscheidungen beeinflussen können? Hört man sich Ihre Ratschläge an?

Niemand hat uns je eingeladen, wir haben immer energisch an die Tür geklopft. Was die Regierung angeht, da nehmen wir zum Beispiel an Maßnahmen zur Beobachtung der Umsetzung des Anti-Korruptionsgesetzgebung teil. Weiterhin helfen wir auch, diese Maßnahmen bekannt zu machen und für ihre Umsetzung zu werben, zum Beispiel auch gegenüber anderen Organisationen.

„Würden Sie selbst einem Beamten, von dem Sie dringend eine Dienstleistungen benötigen, eine Bestechung anbieten?“
Diese Frage stellte DELNA im Rahmen einer umfangreichen Untersuchung unter lettischsprachigen und russischsprachigen BürgerInnen im Jahre 1999. Erstaunliche 54% zeigten sich bereit dazu - die Zahlen könnten noch höher ausfallen, wenn zu bedenken gegeben wird, dass weitere 38,8% antworteten, sie könnten es sich aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht leisten, jemanden zu bestechen.

Schließlich gibt es auch noch Modellverfahren, und das ist im Bereich des Schiffahrtswesens so. TRANSPARENCY INTERNATIONAL hat dafür ein spezielles Verfahren entwickelt, das wir anwenden können. Bereits 1998 hatten wir darüber nachgedacht, uns einer dieser großen Bereiche zuzuwenden - entweder dem geplanten Bau einer neuen Nationalbibliothek, oder der Privatisierung der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft. Letzteres erscheint einfacher, da es bestimmt 10 Jahre dauern wird, bis eine neue Nationalbibliothek erbaut sein wird. Beide Verfahren sind umfangreich, und eine Menge Geld ist im Spiel. Viele haben kein Vertrauen darin, dass alles mit rechten Dingen zugehen wird.

Dann gab es einiges Aufsehen um die Schiffahrtsgesellschaft, und wir schickten einen Brief an die staatliche Privatisierungsagentur und fragten, ob sie Interesse hätten, wenn wir uns beteiligten. Innerhalb von zwei Tagen kam ein Brief zurück, und sie schrieben: Kommt zu unserer nächsten Sitzung! Drei Tage später fand diese statt, und zu diesem Zeitpunkt mußten wir natürlich ins kalte Wasser springen und wußten nicht, was uns erwartet. Ja, tatsächlich, dieses Wasser war wirklich sehr kalt.

Aber unsere Beteiligung in diesem Fall hat auch einen steilen Anstieg der öffentlichen Aufmerksamkeit verursacht. Vorher hatten die Leute zwar schon mal über uns gelesen, es war aber nicht im Bereich ihrer persönlichen Interessen.

Wenn wir bei solchen Monitoringmaßnahmen beteiligt sind, dann beobachten wir diese nur, nehmen aber nicht an der Entscheidungsfindung teil. Wir können also nicht ändern, wenn etwas total falsch läuft. Wenn jemand zum Beispiel kommt und sagt: Die Politiker haben uns gesagt, wir sollen dies und jenes tun. Dann können wir natürlich raten, das nicht zu befolgen. Im wesentlichen aber lernen wir etwas daraus über das gesamte System. Das „who is who“ ist sehr wichtig, um

Zusammenhänge zu verstehen und einordnen zu können. Wer will nicht mit uns zusammenarbeiten, oder wer will nicht, dass irgendwelche Teile der Zivilgesellschaft überhaupt etwas mitbekommt. In Lettland gibt es im wesentlichen zwei große Zeitungen, und wenn man weiß, wer hier wen unterstützt, und warum bestimmte Politiker nicht mit bestimmten Zeitungen reden wollen, dann versteht man schon mehr von diesem Spiel.

Manchmal nehmen wir auch so eine Art Katalysatorfunktion ein. Im Falle der Schiffahrtsgesellschaft zum Beispiel, da traute vorher keiner einander über den Weg. Die Privatisierungsagentur, das Ministerkabinett, alle. Da konnten wir eine Brückenfunktion einnehmen, und zwei von uns konnten zum Beispiel zu den Sitzungen des Ministerkabinetts gehen und dabei sein, wie dort über die Sache diskutiert wurde. Wir erklärten dabei auch das, was die Privatisierungsagentur machte, denn die zuständigen Personen waren nicht in der Lage, miteinander zu reden. Manchmal hatte es auch Einfluss auf Entscheidungen, wenn wir ihnen erklärten, dass bestimmte Regeln nicht korrekt berücksichtigt wurden.

Dort, wo allerdings starke ökonomische Interessen dahinter stehen, da können wir auch wenig tun. Wenn dieser Druck da ist, dann wären wir wohl genauso machtlos wie in den Fällen, wenn etwas Kriminelles dahinter steckt. Glücklicherweise existiert hier in Lettland nicht irgendeine Mafia, jedenfalls nicht in dem Ausmaß wie es von Italien, Russland oder der Ukraine gesagt wird. - Nur wenn wirklich das große Geld hinter den Geschäften steckt, dann denken die Politiker hierzulande immer noch: besser eine Million heute, als 10.000 Lat in zehn Monaten. Da hilft dann nur noch öffentlicher Druck, um zu zeigen, dass man sie nicht gewähren läßt.

Müssen Sie für alle Projekte, die Sie anfangen wollen, auch Kalkulationen und Entwürfe schreiben? Sie werden ja auch in Zukunft sicher noch Finanzierung Ihrer Arbeit benötigen.

Ja, natürlich. Wir müssen jedes Jahr einen Haushalt aufstellen, und wir haben keine kooperativen Mitglieder. Im Jahr 2000 kam etwa die Hälfte der Finanzierung von der Soros-Stiftung, und ein weiterer wesentlicher Teil vom Baltic American Partnership Programme, das ist ein Programm der US-amerikanischen Regierung.

Gibt es keine Projektpartnerschaften mit irgendwelchen deutschen Stellen? Es ist ja immer ein wenig mühsam, die Hintergründe und die Arbeitsergebnisse solcher Projekte den Deutschen zu erklären, wenn sie nicht direkt beteiligt sind oder es zum Beispiel auch keine



Schwierige Verhandlungen, für die Öffentlichkeit in den 90er Jahren häufig Grund für Verdächtigungen und unter dem Verdacht von Begünstigungen: Privatisierungsgespräche

TIPP 4:

INFOBALT setzt auf Ihre Mitarbeit und vermeidet unnötige Bürokratie. Bitte überweisen Sie rechtzeitig Ihre Beiträge, und Sie ersparen uns Mahnungen und anderen "Papierkram".

nullbuerokratie.infobalt.de

deutschsprachigen Projektberichte gibt.

Ja, tatsächlich, dem kann ich zustimmen. Das Entwicklungsprogramm der USA (USAID) war ja hier, die deutsche GTZ habe ich jedoch nie gesehen. Das ist der Grund, warum wir hauptsächlich amerikanische Finanzierung haben. Dann gibt es noch „Partnership for Trust“, eine Stiftung, die TRANSPARENCY INTERNATIONAL gegründet hat. Er ist in erster Linie für solche Fälle gedacht, wenn die Regierung uns fragt, ob wir an einer Arbeitsgruppe zu einem Gesetzesentwurf teilnehmen können. Wir brauchen dann die Finanzierung dafür nicht von der Regierung selbst zu fordern. Das sichert uns wiederum einen Teil unserer Unabhängigkeit. - Wenn es zum Beispiel die UNDP (*Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, d.Red.*) tun würde, dann wäre das etwas anderes, denn auch die UNDP ist immer noch Teil von Regierungsstrukturen.

Ich nehme an, auch bei DELNA gibt es eine Vorstand, der über die Annahme bestimmter Projekte oder die Arbeit zu den einzelnen Themen entscheidet. Wenn aber jeder Mitglied werden kann, wie

bauen Sie da vor, dass bestimmte Interessenvertreter einfach eintreten und das versuchen? Gibt es da Paragraphen in der Satzung, die das verhindern würden?

Wir haben in erster Linie einen internen Verhaltenskodex, der sich nach der Satzung richtet. Natürlich

Haushaltsplan DELNA für das Jahr 2001

Finanzierungsquelle	Summe (in Lat)
US-Botschaft Lettland	2772,25
Baltisch-Amerikanischer Partnerschaftsfund	11017,21
Weltbank	9435,33
EU-Programm PHARE	7982,93
Partnership for Trust	7240,88
SOROS-Stiftung Lettland	15774,87
TRANSPARENCY INTERNATIONAL	922,33
GESAMT	55145,8

würde niemand Korruption bekämpfen können, der sich nicht mit sich selbst befasst. Wir müssen natürlich auch selbst offenlegen, was wir tun. Das wird besonders wichtig in der nächsten Zukunft sein, denn unsere Organisation wächst erst in jüngster Zeit. Inzwischen haben wir sechs Personen, die für uns arbeiten, und für Organisationen, die einem schnellen Wachstum unterliegen, ist es immer besonders wichtig, auch selbst transparent genug für Außenstehende zu bleiben.

Eine letzte Frage noch: Was wird die wichtigste Thematik sein, wozu Sie bisher noch nicht gearbeitet haben und die in Zukunft wichtig werden wird?

Das klingt sehr langweilig, es hat den Titel: das neue Anti-Korruptionsprogramm. Das kommt daher, dass die lettische Regierung die erste in dieser Region war, welche die Weltbank nach Lettland einlud, hier zum Problem der Korruption zu arbeiten. Die Weltbank hatte selbst dieses Thema erst seit Ende 1996 ernst genommen, als damals ein neuer Weltbankpräsident gewählt wurde.

Die Weltbank schuf dieses Modell des „Anti-Korruptions-Rats“, in dem verschiedene Institutionen vertreten sind, wir selbst ebenfalls. Alle Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sollen hier miteinander abgestimmt werden: rechtliche Maßnahmen, vorbeugende Maßnahmen, Weiterbildung und Schulungen, und schließlich die Korruptionsbekämpfung selbst. Dieses Programm ist an sich okay, aber es hat sich auf bestimmte Weise erschöpft. Einige Institutionen belassen es zum Beispiel dabei, Berichte abzuliefern, was sie tun wollen, und setzen Termine dafür. Und wenn wir dann nachfragen, ob es getan ist, dann bestätigen sie das ganz stolz - in Wirklichkeit hatten sie es schon gemacht, bevor sie es öffentlich angekündigt hatten. So kann keine Selbstkontrolle aussehen.

Es gibt dann auch bestimmte Arbeitsfelder wie etwa die Bildung oder den Umweltschutz, die einen großen Teil des Staatshaushalt für ihre Projekte benötigen. Hier ist es nötig, dass sie einmal genau analysieren, wie und was sie eigentlich tun.

Und wenn zum Beispiel inzwischen 45 Institutionen an dem Antikorruptionsrat beteiligt sind, dann wird gefragt: Wie können denn 45 sehr verschiedene Institutionen erfolgreich Korruption bekämpfen? Wir von DELNA sagen: Alle 200 existierenden staatlichen Institutionen sollten dabei sein!

(die Fragen stellte Albert Caspari)



